

Berlin, 30. April 2009

Sehr geehrter Herr Pohlmann

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 29. April 2009. Ich darf Ihnen auf Ihre Anfrage folgendes erwidern.

Der Konvent für Deutschland bemängelt seit langem, dass sich die deutsche Politik in beunruhigendem Maße an das Modell des „Goldfish Bowl“ angenähert hat, das heißt einem reinen Insider-Spiel, bei dem die Politiker die wesentlichen Entscheidungen unter sich ausmachen und für das sie über weite Strecken auch ihre eigenen informellen Spielregeln entwickelt haben. So stellt sich der politische Prozess für den Beobachter als Goldfisch-Glas mit übersichtlichem und kalkulierbarem Innenleben dar, weitgehend abgeschlossen und auf Impulse von außen nur begrenzt und vor allem nur sehr langsam reagierend.

Die Gründe, aus denen plebiszitäre Elemente im Grundgesetz (mit Ausnahme von Art. 29 und 146) fehlen, gelten heute nur noch bedingt (Gefahr der Demagogie in der damals befürchteten Form eher weniger; Gefahr des Populismus, insbesondere in Verteilungsfragen, durchaus). Ungleich schwerer wiegt der Einwand, dass sich viele politische Entscheidungsfragen nicht einfach auf eine Ja-Nein-Alternative reduzieren lassen und einige Politikfelder ohne das nötige Hintergrundwissen für den Laien in der Tat nur schwer zu beurteilen sein dürften.

Nach Auffassung des Konvent für Deutschland käme es demzufolge sehr auf die Eingrenzung der Materie an, die der plebiszitären Entscheidung zugänglich gemacht werden soll. Bei Verfassungsentscheidungen spricht die europäische Verfassungstradition eindeutig für plebiszitäre Lösungen. So hat der Konvent für Deutschland eine Volksabstimmung über den Europäischen Verfassungsvertrag unter Berufung auf die oben genannte Verfassungstradition stets befürwortet. Ebenso empfiehlt er die schnelle Einführung der Volksinitiative, die keine Risiken birgt, aber den Bürgern die Chance gibt, reformunwillige Politiker zum Handeln zu bewegen. Hinsichtlich weiterer plebiszitärer Elemente hält der Konvent für Deutschland eine weitergehende und sachlich geführte Diskussion für nötig.

Ich persönlich unterstütze seit langem eine weitreichende Verankerung plebiszitärer Elemente wie Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz. Die Bürgerinnen und Bürger wären dann nicht länger von politischer Mitbestimmung während einer Legislaturperiode ausgeschlossen und die Gründe für politische Entscheidungen müssten, statt in politischen Hinterzimmern, wieder transparent und für jedermann nachvollziehbar in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Darüber hinaus trete ich für ein generelles Referendum über das Grundgesetz ein, wie es in Artikel 146 (alte Fassung) für den Fall der Wiedervereinigung eigentlich vorgesehen war.

Daher begrüße daher grundsätzlich die Bemühungen Ihres Vereins als wichtigen Beitrag zu einer lebendigen politischen Kultur in unserem Land und sehe durchaus Parallelen zur Arbeit und den Zielen des Konvent für Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Olaf Henkel